Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 1.50, durch die Post M. 2.— Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. An Apotheken: Gr. Plauen. 5. nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Inseraten wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Nachnahme durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Für Richtigkeit einzelner Schriftsätze keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich 6 Wilsdruffer Strasse 6 (neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel). Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1892.

L. Weidig Waisenhausstr. 21. Neuheiten hochelegant garnirter Damenhüte. Grosse Einkäufe und häufige persönliche Modestudien in Berlin, Paris, London.

Reizend garnirte Brautkissen in allen Preislagen. C. Hesse, Kgl. Hofl., Altmarkt.

Atelier für feine Corsets nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle. Heinrich Plaul, Dresden, Waisstr. 25. Fernspr.-A. I, 167.

Fertige Kostüme in Mousseline, Loden-, Kammgarn- und engl. Noppen-Stoffen in grösster Auswahl. Modebazar G. C. Herrmann.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3. Fernsprechstelle 1606.

Nr. 153. Spiegel: Ahlwardt's Broschüren. Hofnachrichten, Rathsplenarsitzung, Obererzgeb. und vogtl. Frauenvereine, Buchdrucker-Berufsgenossenschaft. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Aufhebung der kgl. preuß. Hofbühnen. Mittwoch, 1. Juni.

Politisches.

Man kommt noch immer aus den Unklarheiten nicht heraus. Zwar klingt das Dementi, das im preußischen Staatsanzeiger der Kriegsminister von Kaltenborn den Behauptungen Ahlwardt's entgegensetzt, kategorisch und sicher, und doch bietet dasselbe an sich schon den Anlaß zu einer recht bedenklichen Frage. „Die sämmtlichen in der Broschüre angeführten, bei Truppen vorgekommenen Sprengungen von Gewehren „88" betreffen nicht Löwe'sche Gewehre." Welche Art von Gewehren zeichnet sich denn also durch ihre mangelnde Haltbarkeit und Kriegstüchtigkeit aus? Wie steht ferner die neueste Erklärung in Uebereinstimmung mit der ersten Veröffentlichung, daß die Löwe'schen Gewehre frei seien von „besonderen" Fehlern? Doch diese Fragen ließen sich am Ende noch leichter beantworten, weitaus wichtiger für die Bildung eines Urtheils ist jedoch der augenscheinliche Widerspruch zwischen dem Wortlaut des Reichsanzeigers und dem Wortlaut des landgerichtlichen Beschlusses, der sich an den Antrag auf Konfiskation der beiden Broschüren über die „Judenflinten" knüpft. Nach diesem Beschluß hat der Untersuchungsrichter jede Konfiskation der für Isidor Löwe und seine Geschäftspraxis so überaus schwer kompromittirenden Flugschrift durchaus abgelehnt; er muß also aus seinen Erhebungen heraus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß im Großen und Ganzen die Behauptungen Ahlwardt's begründet seien. Sodann hat sich das Landgericht, also ein Kollegium von drei rechtskundigen Richtern, mit der Sache befaßt und festgestellt, „daß die Behauptungen Ahlwardt's, welche sich auf die in der Löwe'schen Fabrik bei Anfertigung und Ablieferung der für die Armee bestimmten Gewehre angeblich vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und Pflichtwidrigkeiten beziehen, nicht ohne Weiteres sich als unwahre Thatsachen darstellen", daß ferner Löwe und Genossen einen „nicht unwesentlichen Theil dieser Behauptungen als richtig zugeben". Es wurde ausschließlich ein Passus vorläufig konfiszirt, der den Herren Isidor Löwe und Kühne das Delikt des Landesverraths vorwirft, weil diese Behauptung „völlig beweislos dasteht". Wie ist es nun erklärbar, daß das Landgericht auf Grund der Geständnisse Löwe's einen wesentlichen Theil der Anschuldigungen als erwiesen annimmt — wohlverstanden, einen „wesentlichen" Theil, nicht irgendwelche Nebendinge —, und daß unmittelbar darauf amtlich die Erklärung folgen kann, es sei Alles in schönster Ordnung? Und wie ist ferner die Summe von Maßregeln und Gegenmaßregeln zu erklären, welche die Beschlagnahme der Broschüren betreffen? Konfiskation, Aufhebung der Konfiskation, neue Konfiskation, abermalige Aufhebung — das sind denn doch Dinge von so reicher Abwechselung, daß ein unbefangenes Seelengemüth zum Mindesten aus der Fassung kommen kann. Und jetzt? Nun, das preußische Kriegsministerium erklärt, Isidor Löwe sei rein wie eine Lilie, das Landgericht erklärt ein ganz Anderes, die Broschüren aber, die den Lilienreinen äußerst scharf angreifen, werden an allen Ecken mit Eifer und Inbrunst gekauft. Erklärt mir, Graf Oerindur.

Damit nun die ganze Sache aber noch eine besonders drastische Seite habe, wird von den Löwe stammesverwandten Blättern die Nachricht verbreitet, das Reichsjustizamt, an dessen Spitze Herr Hanauer steht, wolle gegen Ahlwardt die Untersuchung wegen Landesverraths einleiten. Gemunkelt wurde schon lange davon. Das Gutachten des Reichsjustizamtes soll dahin gehen, daß die Broschüre den Thatbestand des Landesverraths auch dann enthalte, wenn ihr Inhalt der Wahrheit entspräche, daß also der Verfasser wegen Landesverraths verfolgt werden könne. Der betreffende Paragraph, auf den sich dieses Gutachten stützt, hat in der Hauptsache folgenden Wortlaut: „Wer vorsätzlich Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, öffentlich bekannt macht, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft." Es wäre im Interesse der allgemeinen Rechtsauffassung und sogar aus klarliegenden, praktischen Gründen tief bedauerlich, wenn dieser Paragraph die angedeutete Auslegung erhielte. Denn dann würden die Männer, die einst den Apotheker Coehn festnagelten, so daß er für die Verfälschung seiner Medikamente hinter Gefängnißmauern wandern mußte, schließlich gleichfalls wegen Landesverraths strafbar sein; denn daß die Offenbarung seiner der Militärverwaltung gegenüber verübten Betrügereien für das Ansehen Deutschlands im Auslande nicht erfreulich war, ist einleuchtend. Es würde Jedermann straffällig sein, der eine sachliche Kritik an Einrichtungen des Heerwesens anlegte. Wir sind weit entfernt davon, uns mit Hrn. Ahlwardt und seinen Behauptungen irgendwie zu identifiziren, wir verlangten von vornherein nur eine objektive und möglichst rasche Untersuchung; aber einerseits erwecken die Ausführungen des Berliner Rektors bei jedem Unbefangenen den Eindruck, daß, soweit sie thatsächlich unrichtig sind, sie doch in gutem Glauben und im Vertrauen auf die Gewährsmänner aufgestellt wurden, andererseits würde durch eine derartige Gesetzesauslegung, wie sie von semitischen Blättern vorgeschlagen wird, ein sehr gefährliches Präcedenz geschaffen.

Soweit zur Sache selbst; jetzt eine Bemerkung, die nicht überflüssig ist. Die Presse des Freisinns und seiner semitischen Nährväter benutzt die Vorfälle der jüngsten Zeit, die sich an den Namen Ahlwardt knüpfen, um den Konservativen zu insinuiren, daß die innerhalb ihrer Partei hervortretende antisemitische Strömung ihren Grund und Anfang ausschließlich aus den Veröffentlichungen des Berliner Rektors herleite. Das Manöver ist durchsichtig, und „wäre es nicht vernünftiger gescheit, man wär' versucht, es herzlich dumm zu nennen. Man schien im Semitenlager ungefähr eine Ahnung zu haben, was der „Reichsanz." bringen würde, und suchte deshalb eiligst die Konservativen an die Rockschöße des Herrn Ahlwardt zu hängen, um dann triumphirend den Zusammenbruch des konservativen Antisemitismus anzukündigen. Die Sache sieht denn doch etwas anders. Längst ehe Ahlwardt das Schultatheder mit der Rednertribüne der Volksversammlung vertauschte, haben konservative Führer sich gegen die Auswüchse und Ausschreitungen des Judenthums gewendet. Man könnte bis auf die denkwürdige Rede zurückgreifen, mit der im Frankfurter Parlament der junge Otto v. Bismarck sich gegen die Emancipation der Juden wandte. Immer mahnender drängte sich die Ueberzeugung auf, daß der spezifisch-jüdische Geist, wie er in Handel und Wandel sich äußerte, verhängnißvoll sei für Staat und Gesellschaft, und es begann eine tiefschürfende Reaktion gegen die Schüler Lasker's, Ludwig Löwe's und Bamberger's. Die Ereignisse des letzten Jahres, die sich in langer Kette an die Sommerfeld, Löwy und Prager reihten, der Niedergang unseres Mittelstandes, die Korruption der Börse, die Auswucherung der Landwirthschaft, die Zerstörung und Zersetzung der staatserhaltenden Stände, drängten den Konservativen die Ueberzeugung auf, daß die Judenfrage mit vollem Ernste angepackt werden müsse. Männer wie Freiherr von Friesen und v. Wackerbarth, große Provinzial- und Landesverbände stellten scharf umgrenzte Programmpunkte nach dieser Richtung auf, überall regte und bewegte sich das Bewußtsein, daß Deutschland wieder den Deutschen gehören müsse. So und nicht durch Herrn Ahlwardt ist der Antisemitismus in die parlamentarische Rechte getragen worden und darum wird er weitergedeihen, auch wenn Herr Ahlwardt niemals Broschüren geschrieben hätte. Es ist möglich, daß der Anwalt des Semitismus in der konservativen Partei, Herr von Helldorff, noch einmal Oberwasser gewinnt, daß die Konservativen, wie leider schon oft, die Regungen der Volksseele vernachlässigen, um in dem bequemen Fahrwasser des Gouvernementalismus einherzuschwimmen; aber damit würden sie sich selbst, das wissen verständige Mitglieder der Partei sehr wohl, den Boden abgraben und haltlos hinabgleiten in die Tiefe. —Li.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 31. Mai.

Berlin. Der Kaiser hielt heute früh auf dem Tempelhofer Felde die große Frühjahrsparade der Garnison Berlin und Umgebung ab. Die Kaiserin wohnte mit der Königin-Regentin der Niederlande und der Herzogin von Edinburg dem glänzenden militärischen Schauspiele bei, während die jugendliche Königin der Niederlande, Wilhelmine, im Schlosse zurückgeblieben war. Unter den anwesenden Generalen befanden sich die Generalfeldmarschälle Prinz Albrecht und Blumenthal, Generaloberst v. Pape, Reichskanzler Graf Caprivi, Kriegsminister v. Kaltenborn u. A. Während der Vorbeifahrt an der Front ritt der Kaiser zur Linken des Wagens, in welchem die Königin Emma saß, hielt sich aber einige Schritt zurück und überließ somit das Abnehmen der Parade der Königin. Beim Vorbeimarsch nahm der Kaiser die Spitze des vierten Gardereginents und führte dasselbe der Königin Emma und seiner Gemahlin vor. Eine brillante Suite folgte den Majestäten. Viel bewundert wurden die stattlichen Figuren des niederländischen Gefolges mit ihren pompösen Bärenmützen. Das Kaiserpaar und seine hohen Gäste wurden von der nach Tausenden zählenden Menge auf dem Paradefelde selbst, sowie bei dem Einzuge in Berlin jubelnd begrüßt. Nach der Parade führte der Kaiser der Königin Wilhelmine vor dem Schlosse die Fahnenkompagnie vor. Die Königin der Niederlande wurde à la suite des 4. Gardereginents, die Herzogin von Edinburg à la suite des Kaiser Alexander-Garde Grenadierregiments gestellt. Die Königin der Niederlande verlieh dem Reichskanzler Graf Caprivi den höchsten holländischen Orden, das Großkreuz des niederländischen Löwen. Der Kronprinz von Rumänien ist heute zum Besuche in Potsdam eingetroffen und hat bei seinem Bruder, dem Erbprinzen von Hohenzollern, Wohnung genommen.

Berlin. Das Herrenhaus nahm die von der Kommission zur Berggesetznovelle vorgeschlagene Resolution an, in welcher die Regierung ersucht wird, den auf eine Aenderung wesentlicher Bestimmungen über die Knappschaftsvereine gerichteten Bestrebungen ihre Unterstützung zu versagen. Dann wurde die Petition der Steuer- und Wirthschaftsreformer berathen, welche Einführung der Silberwährung, Erhaltung der Getreidezölle auf der jetzigen Höhe, Aufhebung des Identitätsnachweises, Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer, Ermäßigung der Eisenbahngütertarife, Hergabe von staatlichem Grund und Boden zur Errichtung von Rentengütern und Beseitigung des Terminhandels verlangt. Der Reichsbankpräsident Koch bekämpfte die Forderung der Silberwährung, welche Graf Mirbach vertheidigte. Die Petition wurde schließlich auf Antrag des Ministers des Königl. Hauses, v. Wedell, der Regierung zur eingehenden Erwägung, die Petition des Bodenbesitzerreformvereins um Erlaß von Bestimmungen zum Schutze der Bauhandwerker zur Berücksichtigung überwiesen. — Das Abgeordnetenhaus überwies einen Antrag des Justizministers auf Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts" wegen Beleidigung des Hauses an die Geschäftsordnungskommission, nahm den Gesetzentwurf, betreffend das Dienseinkommen der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Schulen endgiltig in dritter Lesung an und vertagte sich dann bis zum 13. Juni. — Die Finanzkommission des Herrenhauses hat den Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung der vormals Reichsunmittelbaren für den Wegfall der Steuerfreiheit nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses angenommen.

Berlin. Bei der Börsen-Enquetekommission laufen zahlreiche Schreiben ein, in denen über die Schädigung des Privat-Publikums durch Bankiers Klage geführt wird. — Die „Norddeutsche" ist der Annahme entgegengetreten, daß Ahlwardt wegen Landesverrath verfolgt werden könne. Das wäre nur unter der Voraussetzung der Richtigkeit der Thatsache möglich, daß die deutsche Armee in der behaupteten Weise mit unbrauchbaren Gewehren versehen sei. Wäre diese Thatsache richtig, so erfordere das Reichsinteresse die unbedingte Geheimhaltung ausländischen Regierungen gegenüber. Fand ein Einschreiten gegen Ahlwardt wegen Landesverrath nicht statt, so beweise das, daß an maßgebender Stelle die aufgestellten Behauptungen über die Unbrauchbarkeit und Mangelhaftigkeit der von der Löwe'schen Fabrik gelieferten Gewehre entschieden als wahrheitswidrig erachtet sind. — Die Strafkammer des Landgerichtes in Cleve hat gegen Buschoff das Hauptverfahren eröffnet, dagegen bezüglich der Frau und Tochter Buschoff's, dem Antrage der Vertheidiger entsprechend, auf Außerverfolgungsetzung erkannt.

Köln. Gegenüber der Behauptung der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, die den Nachrichten über die Zerstörung der katholischen Mission in Uganda keinen Glauben schenken, erklärt die „Köln. Volksztg.", sie sei in der Lage, festzustellen, daß dort 6 Missionare im englischen Fort gefangen gehalten werden. Einer derselben, Guillermain, bittet durch ein geschriebenes Billet vom 31. Januar den Bischof Hirth um Befreiung aus den Händen der Engländer. Das Billet läge der Volkszeitung vor.

Hamburg. Prinz Heinrich traf heute früh hier ein, wohnte einer Sitzung der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger bei und hielt daselbst eine die Bestrebungen der Gesellschaft anerkennende Ansprache.

Leobschütz. Unter donnerartigem Krachen ist in Proßnitz das Schulgebäude eingestürzt; die sämmtlichen Klassenräume waren glücklicherweise leer.

Pest. Das Abgeordnetenhaus nahm den Antrag Irányi's, betreffend die freie Ausübung der Religion und die Gleichberechtigung der Confessionen einstimmig an.

Paris. Unter den Künstlern, die gestern im Salon der elysäischen Felder die goldene Ehrenmünze erhielten, ist Frau Parlaghy aus Berlin.

Paris. Die Auffassung einzelner Blätter betreffs des Wegfalles der Truppenrevue bei Malzéville wird in hiesigen politischen Kreisen als durchaus unzulässig bezeichnet. Für Deutschland sei es gewiß vollständig belanglos, ob gelegentlich der Nancyer Feste eine Truppenrevue oder eine einfache Deckung stattfinde. Diesen Maßnahmen dürften lediglich rein sachliche Erwägungen zu Grunde liegen.

Kopenhagen. Heute fand hier die Beisetzung des verstorbenen Ministers des Auswärtigen, Baron v. Rosenörn-Lehn, statt. Der König von Dänemark und der Kaiser von Rußland, der König von Griechenland, der Kronprinz von Dänemark, der Herzog von Cumberland, der Prinz von Wales mit seinem Sohne Georg und die Prinzen des Königshauses, sowie sämmtliche Minister des diplomatischen Korps und ein zahlreiches glänzendes Gefolge waren bei der Trauerfeier anwesend.

Petersburg. Eine soeben publizirte Verordnung bestimmt, daß für die vest henden 5 Schützen-Brigaden des europäischen Rußlands vom 1. Oktober d. J. je 2 Batterien leichter Artillerie gebildet werden. Dieselben sollen den Friedensstat und Bespannung für 8 Geschütze haben. Ferner werden der kaukasischen Schützen-Brigade die bestehenden 2 Gebirgsbatterien der 19. Artillerie-Brigade zugetheilt, während letztere 2 neue leichte Batterien erhält. In Kriegszeiten bildet der Artilleriepark der 19. Artillerie-Brigade 2 mit Patronen und 2 mit Artilleriegeschossen ausgerüstete Batterien. Schließlich wird der Etat der regulären berittenen Artillerie um 9 Untermilitärs und 6 Pferde pro Batterie gekürzt.

Washington. Nachdem Deutschland und Frankreich offiziell ihre Theilnahme an der in Aussicht genommenen Münzkonferenz zugesagt haben, wird letztere bestimmt stattfinden.

Die **Berliner Börse** eröffnete schwach, besonders wurden Bergwerke auf Abgaben gedrückt. Auch Türkenlose gingen nach den letztägigen Steigerungen zurück. Banken, Eisenbahnen und Renten bei mäßigem Geschäft abgeschwächt. Später befestigte sich die Tendenz, von Bergwerken ausgehend, auf welchem Gebiete die anfänglichen Rückgänge größtentheils wieder eingeholt wurden. Gegen Schluß wurden schweizerische Bahnen lebhaft bei steigenden Coursen. Deutsche Bahnen schwach und lustlos. Von fremden Renten Italiener bevorzugt. Russen schwächer. Im Kassaverkehr überwog das Angebot für Dividendenpapiere. Deutsche Anlagewerthe fest. Privatdiskont 1⅝ Prozent. Nachbörse fester. — Wetter: Schön, warm. Ostsüdostwind.

Frankfurt a. M. (Abendbörse.) Credit 273¾, Disconto 196,10. Dresdn. Bk. 148,30. Sensard 261¼, Lomb. 86¼, ägyp. Tauro 113,40. Ung. Goldr. —,—. Portugiesen 27,90. Siemens —,—. Fest.

Paris. Schluß. Rente 97,95. Italiener 91,50. Spanier 67. Portugiesen 28¼. Türken 21,52. Türkenlose 89,30. Ottomanbank 590,00. Staatsbahn 655,00. Lombarden 321,50. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 24,20, per Sept.-Dec. 25,10 fester. Spiritus per Mai 49,50, per September-December 44,75, fest. Rüböl per Mai 66,25, per September-December 67,75, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai —, per Nov. 215. Roggen per Mai —, per October 166.

Oertliches und Sächsisches.

— Aus Sibyllenort wird unterm 29. Mai gemeldet: Ihre Majestäten der König und die Königin haben, nachdem bereits am Donnerstag eine größere Zahl von Herren und Damen aus der Nachbarschaft zum Diner geladen waren, für heute ein zweites Diner befohlen, zu welchem u. A. der Generalleutnant v. Lignitz, Kommandeur der 11. Division, und der Regierungspräsident Frhr. v. Juncker aus Breslau mit ihren Gemahlinnen mit Einladungen beehrt worden sind. Nach der unfreundlichen Witterung, die bis zum 23. Mai angehalten hatte, ist nun prachtvolles Sommerwetter eingezogen, und Park und Wald stehen in herrlichstem Flore. Gestern verweilte Ihre Majestät die Königin längere Zeit in der hier begründeten Kinderbewahranstalt und unternahm gegen Abend eine längere Spazierfahrt mit Promenade in die Umgegend. Als Gäste weilen zur Zeit in Sibyllenort: Oberhofmeister und Frau v. Wahdorf, Gräfin v. Fünfkirchen und Fräulein v. Nostitz, Vorstehern des Josephinenstiftes in Dresden. Heute Abend wird noch Hr. Professor Schilling aus Dresden zu mehrtägigem Besuche erwartet.

— Se. Kaiserl. Königl. Hoheit der Erzherzog Friedrich von Oesterreich ist gestern Vormittag 11 Uhr auf der Rückreise von Kopenhagen nach Wien hier durchgekommen. Se. Exc. der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Chotek war zur Begrüßung auf dem Böhmischen Bahnhofe erschienen.

— Die Herren Referendare Michel und Pflugk, längere Zeit beim Amtsgericht (Ersterer gerade ein Jahr als Amtsanwalt) thätig, sind vom heutigen Tage an als Polizei-Referendare angestellt.

— Dem Amtsrichter Karl Gottfried Sommerlatte in Königsbrück ward die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand mit der gesetzlichen Pension unter Belassung seines Titels und Ranges bewilligt.

— Der Landgerichtsrath Ernst Eduard Leonhardt in Leipzig wird an das Landgericht Dresden, der Landgerichtsrath Dr. Hermann Emil Höcker in Plauen an das Landgericht Leipzig und der Amtsrichter Otto Friedrich Gaudich in Lößnitz an das Amtsgericht Königsbrück versetzt.

— Der Assessor und Hilfsrichter Polykarp Ernst Lechla in Kirchberg ward zum Amtsrichter beim Amtsgerichte Lößnitz ernannt.

— Der Professor an der polytechnischen Hochschule zu Karlsruhe, Dr. Carl Bücher, ist als ordentlicher Professor für Statistik und Nationalökonomie an die Universität Leipzig berufen worden.

— Der Rath hat im Namen unserer Stadt ein Beileidsschreiben bezüglich des Todes des Oberbürgermeisters von Forckenbeck in Berlin an den dortigen Magistrat und zugleich einen mit den Stadtfarben dezierten Lorbeerkranz übersandt.

— Die Stadt Schandau hat Herrn Oberzollrath Michler daselbst zu ihrem Ehrenbürger ernannt.

Friedrich & Glöckner empfehlen ihre gesetzl. geschützten Schnelltrocken-Firnisfarben als zweiten Anstrich, Schnelltrocken-Lackfarben als zweiten Anstrich.